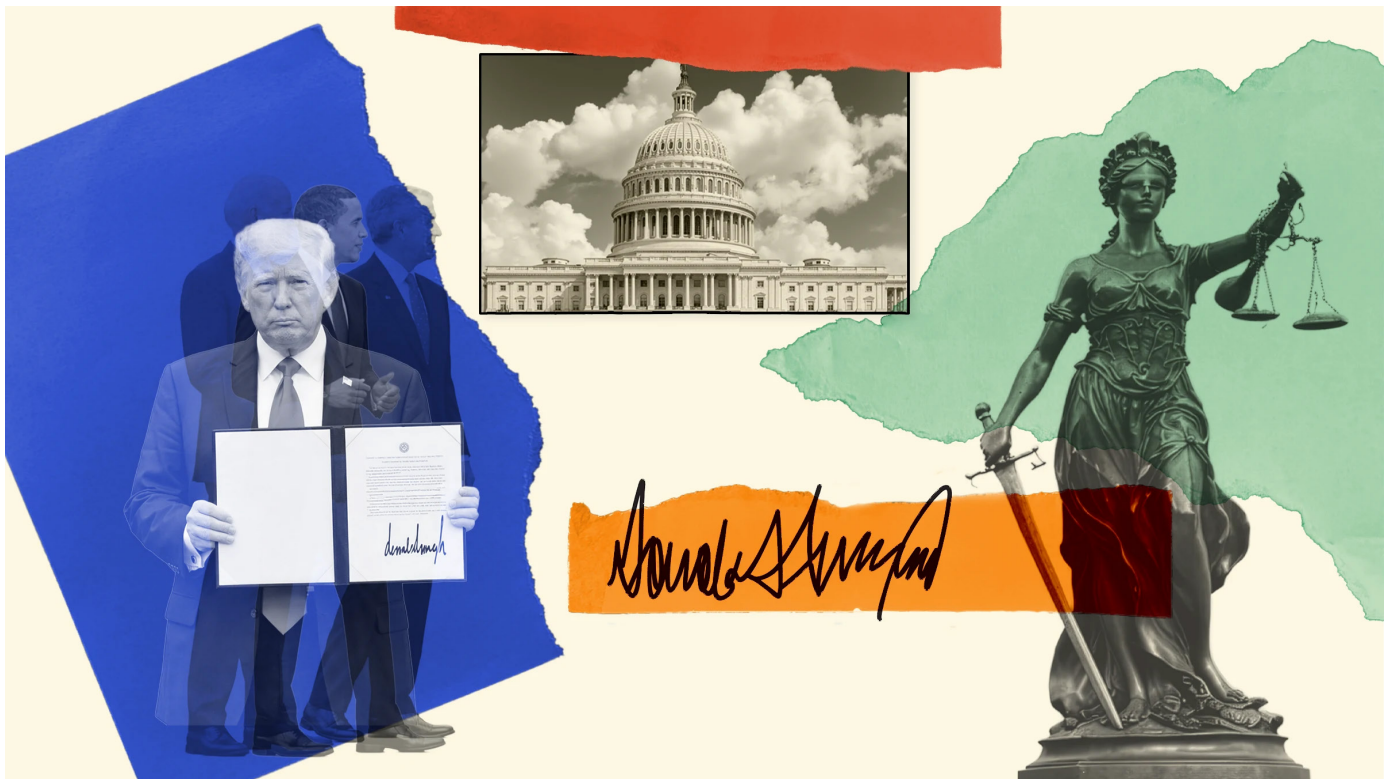




Evidenz: Eine methodische Einordnung der SWP-Studie „Systemsprenger“

1. Gegenstand

Der folgende Text prüft die methodische Tragfähigkeit der Diagnose der SWP-Studie „Systemsprenger – Donald Trump und die Erosion der Demokratie in den USA“. ¹ Die Frage lautet nicht, ob die beschriebenen

Risiken real sein könnten – sondern ob der gezogene Schluss durch die vorgelegte Evidenz getragen wird.

Wir sind in den letzten Jahren immer wieder an denselben Punkt gekommen: Die Vereinigten Staaten stehen seit 2016 unter erheblichem Stress. Dieser Stress ist real. Er ist aber nicht gleichbedeutend mit institutionellem Zusammenbruch.

Genau an dieser Trennlinie bewegt sich die Studie. Sie beschreibt reale Spannungen, liest jedoch bekannte Phänomene als Indikatoren eines Regimewandels.

2. Zwei Beispiele

2.1 WAHLKREISZUSCHNITTE

Die Studie vermerkt, Trump versuche, „die nächste Zwischenwahl 2026 durch die neue Festlegung der Wahlkreise zugunsten seiner Partei zu manipulieren" (S. 10). Gerrymandering ist allerdings ein seit dem 19. Jahrhundert etabliertes Instrument der US-Politik – parteiübergreifend genutzt, primär auf Bundesstaatenebene. Demokraten wie Republikaner haben es systematisch eingesetzt, lange vor dieser Präsidentschaft.

Normativ problematisch, rechtlich umstritten – aber historisch normalisiert. Kein belastbarer Indikator für einen aktuellen Regimewechsel.^{2 3}

2.2 EXEKUTIVER MACHTGEBRAUCH

„Trumps Modus Operandi besteht darin, die Kompetenzen der Exekutive und seine persönliche Macht so weit wie möglich auszulegen. Er regiert, wann immer möglich, per Dekret" (S. 7). So die Studie. Die expansive Nutzung präsidentieller Befugnisse ist in den USA allerdings seit Jahrzehnten Praxis. Executive Orders, Konflikte mit Gerichten, aggressive Kompetenzauslegung – das findet sich unter nahezu allen modernen Präsidentschaften.⁴

Entscheidend wäre nicht, dass Macht genutzt wird. Entscheidend wäre, ab wann institutionelle Gegenkräfte dauerhaft ausfallen. Diese Schwelle benennt die Studie nicht.

3. Historischer Kontext: Justiz und Ermittlungen

Politisierte Ermittlungen gelten in der Studie ebenfalls als autoritäres Signal. Thimm beschreibt detailliert den Umbau des Justizministeriums (S. 16) und Trumps Selbstwahrnehmung als „Opfer einer Justiz, die von seinen politischen Gegnern und dem ›tiefen Staat‹ gegen ihn instrumentalisiert worden sei“ (S. 8).⁵

Nur: Politisch aufgeladene Ermittlungen begleiten die US-Demokratie seit Jahrzehnten. Watergate, Iran-Contra, parteiübergreifende Sonderermittlungen, Impeachments. Das Muster ist bekannt. Die Frage ist nicht, ob Ermittlungen politisch interpretiert werden – sondern ob institutionelle Sicherungen dauerhaft außer Kraft gesetzt werden.⁵

Spätestens hier wird deutlich, dass sich die Argumentation von der Beschreibung löst. Gerichte urteilen weiter unabhängig. Verfahren werden angefochten, aufgehoben, bestätigt. Der Konflikt bleibt bislang innerhalb des Systems.

4. Strukturelle Kernkritik

Das Problem liegt nicht in einzelnen Beobachtungen. Es liegt in der Art, wie aus ihnen ein Regimeurteil abgeleitet wird.

Regimeklassifikation ohne Regimetest. „Die USA entwickeln sich derzeit in Richtung eines kompetitiven Autoritarismus“ (S. 2). Thimm referenziert Levitsky, Way und Ziblatt und deren Kriterium: In einer funktionierenden Demokratie muss es „möglich sein, sich friedlich gegen die Regierung zu engagieren, ohne negative Konsequenzen zu befürchten“ (S. 22). Er übernimmt deren Schlussfolgerung. Was er nicht tut: eigene Kriterien operationalisieren. Keine Schwellen. Keine

Negativindikatoren. Kein Test, ab wann politischer Stress analytisch als Regimewechsel gelten soll.

Prognose ohne Revisionsbedingungen. „Es ist nicht sicher, dass die Zwischenwahlen 2026^{Capability} und die Präsidentschaftswahlen 2028 frei und fair ablaufen werden" (S. 2). Unter welchen beobachtbaren Bedingungen würde diese Einschätzung revidiert? Die Studie sagt es nicht. Ohne solche Bedingungen ist die Aussage nicht falsifizierbar – eine politische Warnung, keine überprüfbare Analyse.

Resilienz wird benannt, aber nicht verrechnet. Die Studie selbst vermerkt: „Die Bundesgerichte der niederen Instanzen entscheiden überwiegend gegen die Administration" (S. 27). Und: „Dass Bundesrichter auf Lebenszeit ernannt sind, macht es schwieriger, die Gerichte vollständig zu kontrollieren" (S. 35). Diese Faktoren stehen im Text. Sie werden aber nicht systematisch gegen die Erosionsthese gerechnet.

5. Schlussfolgerung

Die SWP-Studie beschreibt reale Spannungen und Konflikte. Problematisch wird sie dort, wo bekannte Phänomene – Wahlkreiszuschnitte, exekutiver Machtgebrauch, politisierte Ermittlungen – als Indikatoren eines Regimewandels gelesen werden. Ohne expliziten Regimetest, ohne klare Schwellen, ohne Negativkriterien.

Politischer Stress wird mit demokratischer Erosion gleichgesetzt. Dabei sind zentrale Funktionsmechanismen – Wahlen, Gerichte, institutionelle Gegenkräfte – weiterhin wirksam. Konflikte werden bislang innerhalb des Systems ausgetragen.

Wer von „kompetitivem Autoritarismus" spricht oder die Fairness kommender Wahlen infrage stellt, muss zeigen, unter welchen Bedingungen diese Einschätzung revidiert würde. Ohne das bleibt sie nicht falsifizierbar.

Die Studie formuliert eine politisch plausible Warnung. Was sie nicht liefert, ist ein analytisch zwingender Nachweis eines Regimewechsels.

Diese Unterscheidung ist nicht parteipolitisch motiviert. Sie ist methodisch geboten. In polarisierten Diskursen entscheidet sie darüber, ob Analyse zur Klärung beiträgt – oder selbst Teil der Eskalation wird.

ENDNOTES

¹ Johannes Thimm, „Systemsprenger – Donald Trump und die Erosion der Demokratie in den USA“, SWP-Studie 2026/S 02, Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2026. DOI: 10.18449/2026S02.

² Zur historischen Entwicklung, Rechtsprechung und parteiübergreifenden Praxis des Gerrymandering: Wikipedia, „Gerrymandering in the United States“, abgerufen Januar 2026 (kontextuelle Übersicht, keine Primärquelle).

³ Gerrymandering ist ein historisch etabliertes Instrument der Wahlkreisgestaltung in den USA. Der Begriff geht auf **Elbridge Gerry**, Gouverneur von Massachusetts, zurück (Redistricting 1812). In der Moderne wurde Gerrymandering parteiübergreifend eingesetzt, u. a. durch republikanische Mehrheiten in **Texas (2003, DeLay Redistricting)** sowie durch demokratische Mehrheiten in **Maryland (2011)** und **Illinois (2021)**. Der Supreme Court erklärte parteipolitisches Gerrymandering in *Rucho v. Common Cause* (2019) für **nicht justiziabel auf Bundesebene**, womit die Verantwortung primär bei den Bundesstaaten liegt.

⁴ Die expansive Nutzung präsidentieller Befugnisse ist kein Alleinstellungsmerkmal der Trump-Präsidentschaft. Vergleichbare exekutive Strategien finden sich u. a. unter **Franklin D. Roosevelt** (Executive Order 9066), **Richard Nixon** (Ausweitung exekutiver Kriegsbefugnisse), **Barack Obama** (DACA per Executive Action, 2012) sowie **Joe Biden** (Notstandsbefugnisse und Executive Orders zur Migrations- und Klimapolitik ab 2021). Konflikte zwischen Exekutive und Judikative gehören damit seit Jahrzehnten zur institutionellen Praxis.

⁵ Politisch hochgradig polarisierte Ermittlungen sind ein wiederkehrendes Element der US-Demokratiegeschichte, u. a. **Watergate (1972–1974)** unter Präsident Nixon, **Iran-Contra (1986–1987)** unter Präsident Reagan sowie parteiübergreifende Sonderermittlungen und Impeachments gegen **Bill Clinton (1998)** und **Donald Trump (2019/2021)**. In allen Fällen blieben gerichtliche Verfahren, parlamentarische Kontrolle und Machtübergänge institutionell wirksam.